

Nr. 3, 2021

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



Asyl:

Schutz auf Zeit

Seite 5

Mieten & Co:

Schnelle Hilfe

Seite 6

Blackout:

0Ö muss vorsorgen

Seite 11



Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit. Es ist Auftrag für die FPÖ, die Sicherheit für die Generationen zu erhalten und die Verantwortung dafür zu leben. FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner im Gespräch.

Im Jahr 2015 erlebten Österreich und Europa eine massive Migrationsbewegung, diese scheint sich wieder zu verstärken. Ihr Eindruck?

Haimbuchner: Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine unkontrollierte Massenzuwanderung große Probleme und Gefahren mit sich bringt. Wir müssen einen Kontrollverlust wie 2015 unbedingt verhindern.

Was versprechen sich die Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten, aber auch aus Nord- und Ostafrika? Haimbuchner: Sie werden aus einer weltfremden Multikulti-Ideologie heraus mit falschen All-inclusive-Betreuungsversprechen ermutigt, sich illegal nach Europa und Österreich zu begeben. Es zeigt sich, die Versprechungen waren völlig unrealistisch. Weder die problemlose Integration gibt es, noch dauerhafte Bleibeperspektiven. Diese Enttäuschungen und Aggressionen entladen sich in Folge immer häufiger in Wut gegen die heimische Bevölkerung.

Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung? Migranten sind ja bereits wieder am Weg nach Europa und auch Österreich.

Haimbuchner: Ich für meinen Teil werde mich dafür stark machen, dass Oberösterreich im Falle einer erneuten Migrationskrise keine Kontingente mehr annimmt oder erfüllt. Auch erwarte ich, dass Österreich sein "Nein" zum UN-Migrationspakt noch einmal bekräftigt und sich in der Folge auch für Asylzentren außerhalb der Europäischen Union stark macht, um

nach Europa zu unterbinden.

Ihre Einschätzung – wie unsicher ist Österreich?

Haimbuchner: Laut Kriminalstatistik sind bei Gewaltdelikten seit Jahren Ausländer überpräsent – insbesondere außereuropäische Staatsbürger aus der Türkei oder Afghanistan.

Die Fälle von sexueller Gewalt gegen Frauen und die Gewaltdelikte, bei denen Stichwaffen zum Einsatz kommen, sind im Vergleich zu vor zehn Jahren deutlich angestiegen. All das sind Alarmsignale, die von der Bundesregierung endlich ernstgenommen werden müssen!

Was gehört für Sie zusätzlich noch zum Thema Sicherheit?

Haimbuchner: Es gehören dazu auch unter anderem die wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes oder die Verteidigung von Grund- und Freiheitsrechten. Diese Sicherheit leisten wir in der umfassenden – wirtschaftlichen und geistigen – Landesverteidigung.

Was konkret muss bei der wirtschaftlichen Landesverteidigung gesichert werden?

Haimbuchner: Da geht es einerseits um die staatliche Unabhängigkeit in den Bereichen Lebensmittel, Energie und krisenrelevante Güter, anderseits um die Fähigkeit, die wirtschaftlichen Abläufe auch in Krisenzeiten aufrechterhalten zu können.

Die globalisierte Welt, mit der wirtschaftlichen Bequemlichkeit, Billiglohnländer in "Ich für meinen Teil werde mich dafür stark machen, dass Oberösterreich im Falle einer erneuten Migrationskrise keine Kontingente mehr annimmt oder erfüllt."

Dr. Manfred Haimbuchner Landeshauptmann-Stv.

den Wirtschaftskreislauf miteinbeziehen zu können, zeigt in der Krise ihre Schattenseiten: Abhängigkeit, politische Erpressbarkeit und Unfreiheit sind der Preis für die Abkehr von größtmöglicher regionaler Wertschöpfung. Hier müssen wir gegensteuern!

Was umfasst die geistige Landesverteidigung?

Haimbuchner: Hier geht es neben der Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeit einer militärischen Landesverteidigung vor allem um die Verteidigung demokratischer Grundwerte. Bürgerechte, Grund- und Freiheitsrechte wurden und werden zurückgedrängt und durch eine politisch inszenierte Menschlichkeit ersetzt, welche sich jedenfalls im Charakter jedes Menschen wiederfinden sollte, als Staatsgrundlage aber leider untauglich ist.



Finanzierung steht - die Stadtbahn kommt!

Mega-Erfolg für Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner: Nach der Einigung mit dem Bund über die Finanzierung kann jetzt die Stadtbahn kommen – das größte, klimafreundliche Mobilitätsprojekt in Oberösterreich seit 1945. Die Planungen sollen möglichst rasch beginnen.

Mit dem Projekt werden die Regionen und Linz noch besser vernetzt. "Für die Verkehrsteilnehmer heißt das: weniger Stau, dafür mehr Lebensqualität", so Steinkellner. Zudem trägt die Stadtbahn zu einem noch attraktiveren und leistungsstärkeren Öffi-Netz in Oberösterreich bei. Mit der Absicherung der Planungskosten für dieses Jahrhundertprojekt wird der Grundstein für eine echte Mobilitätsalternative geschaffen. Die künftigen Stadtbahnen werden Stadt und Land umweltfreundlich miteinander verzahnen und den Alltag vieler tausend Pendler positiv beeinflussen", freut sich Steinkellner.

13,3 Mio. Euro stellt der Bund mit der Vereinbarung für die konkreten Planungsschritte der Stadtregionalbahn in Linz zur Verfügung. Die Gesamtkosten der Planungsphase in den Jahren 2021



– 2026 belaufen sich auf 26,57 Mio. Euro. Geplant wird in diversen großen Bereichen, die Umsetzung erfolgt dann in mehreren Bauetappen. Aktuell laufen bereits die Vorbereitungen für die Planungsausschreibung. Als nächstes folgt dann die Entschlussfassung in den entsprechenden Gremien in Land und Stadt sowie die Zustimmung des oberösterreichischen Landtags.

Hundehaltergesetz:

Sicherheit für Hund und Halter

Die Eckpunkte sind eine erweiterte und verbesserte Ausbildung zukünftiger Hundehalter, durch welche sichergestellt wird, dass sich die Oberösterreicher vor der Hundehaltung intensiv damit beschäftigen müssen, wie man einen Vierbeiner richtig hält und erzieht. Ebenso werden die Versicherungen zukünftig verpflichtend jeweiligen Gemeinden zu melden sein, wenn die Haftpflichtversicherung

für einen Hund nicht mehr gedeckt ist.

"Eine intensive Beziehung zwischen Hund und Herrl fördert das Tierwohl und bringt mehr Sicherheit. Dem wird das neue Hundehaltegesetz auch gerecht. Durch gezielte Information im Vorfeld wird den zukünftigen Hundehaltern auch vermittelt, was es heißt, sich einen vierbeinigen Freund zuzulegen. Das ist nichts, was man bloß zum Spaß machen sollte, denn es geht damit viel Arbeit und Verantwortung einher. Kaum ein Hund ist von Haus aus aggressiv und auch keine Rasse. Der

größte Teil der Vorfälle sind schlicht und ergreifend die Folge falscher Handhabung oder fehlender Ausbildung.

Mit dem neuen Regelwerk wirken wir dem gezielt entgegen", zeigt sich Landesrat Ing. Wolfgang Klinger erfreut darüber, dass die Arbeit der letzten Monate Früchte getragen hat.







Schutzberechtigung von Flüchtlingen neu beurteilen

Für syrische Asylansuchende gab es bis vor kurzem in mehreren EU-Ländern eine pauschale Schutzgewährung. Doch die Gefährdungslage hat sich geändert und einige EU-Länder haben das bereits erkannt: Dänemark hat Anfang des Jahres Teile Syriens als sicher eingestuft und daher den von dort stammenden Migranten den Schutzstatus abgesprochen. Schweden hat bereits im September 2019 die pauschale Schutzgewährung aufgehoben.

"Auch Österreich soll die Gefährlichkeit von Teilen Syriens nach dem Vorbild Dänemarks neu beurteilen und laufend überprüfen, ob der Fluchtgrund auch weiterhin besteht", betont Klubobmann Ing. Herwig Mahr, "dass Asyl Schutz auf Zeit bedeutet." Eine zugesprochene temporäre Aufenthaltsberechtigung unter dem Titel 'Asyl' endet mit dem Wegfall der Gefährdungslage im Herkunftsland. "Alles andere wäre ein Widerspruch zum

Grundgedanken des Asylrechts."

Selbst Deutschland entschied sich Ende 2020 gegen eine Verlängerung des bisherigen Abschiebestopps nach Syrien. Wenn kein Schutz mehr benötigt wird, kann die Aufenthaltsberechtigung auch wieder zurückgezogen werden. Eine Umgehung unserer berechtigten Zuwanderungsregelungen". bekräftigt Mahr abschließend.

EU plant Bargeld-Obergrenze: Keine Einschränkungen bei Barzahlungen!



Die EU-Kommission will Barzahlungen über 10.000 Euro verbieten. Das ist die Vorstufe zur Abschaffung des Bargelds. Unter dem Deckmantel der Anti-Geldwäsche-Politik versucht die EU so noch mehr Kontrolle über die Bürger zu erlangen. Eine Bargeld-Abschaffung kommt für uns nicht in Frage!

Familienleistungen: 187 Mio. Euro flossen 2020 ins Ausland

Der türkis-grüne Maßnahmenwahnsinn lässt zahlreiche österreichische Familien um ihre Existenz bangen.

Währenddessen zeigen sich die zuständigen ÖVP-Minister Blümel und Raab bei der Auszahlung von Familienleistungen ins Ausland großzügig: 2020 wurden rund 187 Mio. Euro für Personen ausbezahlt, die nicht in Österreich wohnhaft sind. Besonders gut meinte es die Bundesregierung mit Ungarn. Hier wurden 13,98 Mio. ausgezahlt, gefolgt von Deutschland mit rund 6,55 Mio. und der Slowakei mit 6,42 Mio. Euro.

Die Bundesregierung sollte lieber unsere heimischen Familien und Alleinerzieher unterstützen sowie unsere heimische Wirtschaft stärken, anstatt unser Steuergeld im Ausland zu verteilen.





Schnelle und umfangreiche Hilfe für unverschuldet in Not geratene

Mit Zuwendungen aus einem 15 Mio. Euro schwerem Wohnungssicherungspaket will FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner Opfern der Maßnahmen der türkis-grünen Bundesregierung gegen die Pandemie.

Besondere Sorgen machen Haimbuchner die vor der Tür stehenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie-Bekämpfung in Form drohender Firmeninsolvenzen und damit einhergehender steigender Arbeitslosigkeit: "Mir ist wichtig, bereits jetzt dafür zu sorgen, dass sich die Oberösterreicher neben ihrem Arbeitsplatz nicht auch noch Sorgen um ihre Wohnsituation machen müssen. Viele Haushalte, für die es bislang nie ein Problem war, ihre Wohnkosten zu bestreiten. werden im Zuge der drohenden Wirtschaftskrise kurzfristig durch Insolvenz, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ihre Mietwohnung, ihre Eigentumswohnung oder ihr Eigenheim nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können. Genau diese werden mit dem Wohnungssicherungspaket finanziell unterstützt."

Haimbuchner hatte zum Schnüren des von ihm initiierten Hilfspakets Spitzenvertreter der AK OÖ, des AMS OÖ, des OÖ Verbands Gemeinnütziger Bauvereinigungen und der Mietervereinigung OÖ zu sich in das Landhaus an den "Runden Tisch" geladen. Schnell war man sich in den grundsätzlichen Fragen einig und Manfred Haimbuchner verkündete zur geplanten Hilfe für in Not geratene

Leistungsträger: "Unterstützt werden Mieter und Eigentümer unabhängig davon, ob es sich dabei um Arbeitnehmer oder Selbstständige handelt. Besonders gefreut haben mich der breite Konsens zu meinen Vorschlägen sowie die konstruktiven Ideen der teilnehmenden Institutionen. Gemeinsam haben wir etwas geschaffen, um die Auswirkungen der Corona-Politik der Bundesregierung auf die hart arbeitenden Leistungsträger abzufedern."

Wohnungssicherungspaket



Gefördert werden Selbständige und Unselbständige, Mieter und Eigentümer, die in den drei Jahren vor der Corona-Pandemie ein Durchschnittseinkommen zwischen der Obergrenze für den Bezug einer Wohnbeihilfe und den Einkommensgrenzen der Oö. Einkommensgrenzen-Verordnung erzielt haben, und deren derzeitiges Haushaltseinkommen gegenüber dem Durchschnitt dieses dreijährigen Berechnungszeitraums um mind. 30

% gemindert ist. 50 % der monatlichen Miete oder Wohnkreditrückzahlung werden unterstützt. Stellt sich die Einkommensminderung auf unter 30 Prozent ein, wird die Unterstützung eingestellt. Die Antragsstellung ist vom 1. 7 bis 21.12. 2021 möglich.

Das Paket umfasst 15 Mio. Euro und ist vorerst auf sechs Monate beschränkt. Die Antragstellung und die Förderabwicklung sollen gezielt einfach und in hohem Digitalisierungsgrad erfolgen. So wird weitgehend auf die Vorlage von Nachweisen durch die Förderwerber verzichtet, wenn die benötigten Informationen aus verfügbaren Portalanwendungen ausgelesen und übernommen werden können.

Details unter www.wohnfuehlland.at

🚺 Oberösterreich geht sicher Baden

Rechtzeitig mit dem offiziellen Beginn der Badesaison Mitte Juni hat auch die Kontrolle der Badeplätze im Hinblick auf die Badeeignung wieder begonnen. Diese werden fünf Mal pro Jahr von Juni bis August kontrolliert. Die Ergebnisse sind sehr erfreulich. Alle 43 EU-Badegewässer-Stellen wurden mit "ausgezeichnet" bewertet.

Alle Badestellen mit Ausnahme jener an der Aist bei Schwertberg sind zum Baden geeignet. Dem Löwenanteil der Badestellen wird eine "ausgezeichnete" Wasserqualität attestiert, bei einigen Badestellen an Fließgewässern wurde die Qualität mit "gut" bewertet. Flussbadestellen unterliegen von Haus aus weit stärker vielfältigen Einträgen als Seen. Abschwemmungen vom Ufer oder Einleitungen aus Mischwasserentlastungen können Ursache temporärer Verunreinigungen sein. Ergebnisse an Flussbadestellen können generell nur als "Momentaufnahmen" betrachtet werden, die Situation kann sich rasch

und ständig ändern! Solange eine behördliche Sperre nicht verfügt wird, gilt hier besonders das Prinzip der Eigenverantwortung.

"Durch eine regelmäßige Überprüfung unserer Badegewässer haben wir einen lückenlosen Überblick über die Qualität derselben. Grundsätzlich ist die Wasserqualität in Oberösterreich eine sehr gute, sowohl was die Badeseen, als auch was die Fließgewässer betrifft. Das Badevergnügen für den Urlaub in der Heimat ist also gesichert. Was aber gerade beim Baden in Fließgewässern nicht fehlen darf, sind Hausverstand und Eigenverantwortung, denn das Strömungsverhalten wird





Maßnahmen statt Ankündigungen: **Applaus wird das** Pflegeproblem nicht lösen

Die anderen Parteien nutzten den "Tag der Pflege" wieder einmal, um ihre leeren Floskeln abzuladen. Doch wo bleibt die angekündigte Pflegereform, die seit Jänner 2020 brach liegt? Gerade die 65.000 pflegenden Angehörigen in Oberösterreich wurden und werden durch die Corona-Krise besonders gefordert.

Der notwendige Ausbau der Entlastungsangebote stockt seit Jahren. Während die Bundesregierung internationalen Konzernen Millionen-Subventionen in den Rachen schmeißt, vertröstet man die vielen Betroffenen jahrelang. Familien, die ihre beeinträchtigten Kinder oft ein Leben lang pflegen, sind uns ein besonderes Anliegen. Für sie heißt es stets "Bitte warten!".

Wir brauchen hier endlich Sachpolitik statt PR-Gags! Neben dem bedarfsgerechten Ausbau von Entlastungsangeboten sind die Einführung der Pflegelehre, eine wertschätzende Pflegeausbildung und ein flexiblerer Einsatz von Pflegekräften auch im mobilen Bereich zentrale Punkte, die dringend umgesetzt werden müssen!



Eine Menge an Maßnahmen ist notwendig, um die Sicherheit auf den doch immerhin 6.000 Landesstraßenkilometern Oberösterreichs zu gewährleisten. Neben dem Verantwortungsbewusstsein der Verkehrsteilnehmer ist es wichtig, mit konkreten Maßnahmen die Verkehrsinfrastruktur gefahrentechnisch zu entschärfen. Dabei werden u.a. Unfallhäufungsstellen neutralisiert, Schäden nach Naturereignissen behoben, aber auch großräumige Schutzprojekte durch die Wildbach- und Lawinenverbauung umgesetzt.

"Hundert Prozent Sicherheit im Verkehr wird es niemals geben können", betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner, dass man sich weiterhin bemühe, die Verkehrssicherheit zu steigern. Die Bilanz zur Entschärfung von Unfallhäufungsstellen und der Sicherung von Naturereignissen falle positiv aus. Ziel sei es, eine leistungsstarke und sichere Infrastruktur anbieten zu können. Dafür wurden von 2016 bis 2020 rd. 47,52 Mio. Euro in die Sicherheit investiert. Allein für die Entschärfung von Unfallhäufungsstellen wurden 30,9 Mio. Euro in die Hand genommen. Für das Jahr 2021 sind für straßenbauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit 13 Mio. Euro eingeplant. Allein für Sicherungsmaßnahmen nach Naturereignissen wurden von 2016 bis 2020 ganze 11,5 Mio. Euro ausgegeben. Naturereignisse sind ja nicht planbar oder gar regelmäßig. Daher wird ein Großteil des Geldes verwendet, wenn plötzlich bzw. akut gehandelt werden muss. Allein im heurigen Jahr wurden dafür bereits rund eine Mio. Euro verbraucht.

Wesentlicher Bestandteil sind auch die Investitionen der Wildbach und Lawinenverbauung (WLV). Hier betrug von 2016 bis 2020 das Gesamtvolumen rund 61,4 Mio. Euro, davon gab es von der Landesstraßenverwaltung etwa 5,12 Mio. Euro dazu. Auch für heuer ist hier wieder eine Million Euro geplant.

"Auch mit den Projekten der WLV und der intensiven und guten Zusammenarbeit tragen wir entscheidend zur Sicherheit unseren Straßen bei. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig ein präventiver Schutz vor Steinschlägen ist. Wie auch im Hochwasserschutz, zeigt sich die Wichtigkeit von Investitionen in die Sicherheit unserer Heimat. Hier ist jeder Euro, den wir investieren viel wert, weil präventive Sicherungsmaßnahmen geeignet sind, zukünftige Schäden abzuwehren. Gemeinsam haben wir viel erreicht und werden auch weiterhin den Ausbau der Sicherheit für Oberösterreichs Straßen vorantreiben", betont Sicherheits-Landesrat, Ing. Wolfgang Klinger.



Kinderrechte sind zu schützen

Der Internationale Kindertag am 1. Juni erinnerte aktuell daran, dass Eltern eine propagandafreie und wissenschaftliche Basis für eine COVID-Impfentscheidung benötigen, die eine rein private Angelegenheit bleiben muss. Denn Kinder geraten häufig genug in die Mühlen des öffentlichen Diskurses und die Eltern bleiben rat- und hilflos zurück.

Nur eine aufgeklärte und informierte Impfentscheidung, die genügend Transparenz bezüglich Nutzen und Risiken der Corona-Impfung bei Kindern liefert, ist in der momentanen Impfdiskussion hilfreich. Anlässlich des Internationalen Kindertags erinnert Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner daran, dass es derzeit leider nur zwei Arten von Debatten rund um die Impfungen gegen COVID-19 gibt: "Solche, die hochemotional geführt werden und solche, die gar nicht geführt werden. Die Risikoabwägung einer Impfung bei Kindern zählt zu den Letzteren. Die Bundesregierung lässt Eltern, die ihrer Fürsorgepflicht nachkommen und das Beste für das Wohlergehen

ihrer Kinder tun möchten, mit der Impf-Entscheidung weitestgehend alleine, ohne klarzumachen, auf welcher Grundlage ihre Empfehlungen beruhen."

Dieser Missstand muss behoben werden. Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann wünscht sich Sachinformationen und eine Datenlage, die Eltern, die vor der Impfentscheidung stehen, weiterhelfen. Haimbuchner, der auch Familienreferent der oberösterreichischen Landesregierung ist, weist auf die deutsche "Ständige Impfkommission" (STIKO) hin. Die STIKO hat sich in Deutschland mittlerweile dezidiert GEGEN eine Impfung von Kindern ausgesprochen. "Sie empfiehlt Impfungen gegen das Coronavirus nur für 12- bis 17-Jährige mit bestimmten Vorerkrankungen." Der Landeshauptmann-Stellvertreter fragt deshalb: "Warum gibt das politisch besetzte Nationale Impfgremium in Österreich dann eine solche Empfehlung ab?" Und das, obwohl die Datenla-

ge für beide Institutionen dieselbe ist. Nötig sei ein breiter, kommunikativ neutral geförderter wissenschaftlicher Diskurs. Eine evidenzbasierte und transparente Entscheidungsfindung sei wichtig. "Nur so sind die Kinderrechte auf ihre

> Gesundheit und ihre intime Souveränität gewährleistet", Haimbuchner.



Dr. Manfred

Haimbuchner

Landeshauptmann-Stv.



FJ 00:

Silvio Hemmelmayr neuer Landesjugendobmann

Ende Mai fand der Landesjugendtag statt. Dabei wurde von den Delegierten der bisherige geschäftsführende Landesjugendobmann Silvio Hemmelmayr aus Eferding mit 94 Prozent offiziell zum Landesjugendobmann gewählt.

"Ich danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen und werde mich mit aller Kraft den Aufgaben und Herausforderungen dieses Amtes widmen. Politik ist kein Selbstzweck, sondern wir engagieren uns aus innerster Überzeugung, um auch künftigen Generationen eine Heimat zu erhalten, in der sie sich wohl fühlen", so der neu gewählte FJ-Landesobmann, der dem bisherigen Obmann Raml für dessen Einsatz und Engagement für die Belange der Jugend in Oberösterreich dankte.

FA 0Ö:

Knoll als Landesobmann bestätigt

Beim 14. Ordentlichen Landesarbeitneh-

mertag der Freiheitlichen Arbeitnehmer - COVID-19-bedingt online - wurde der amtierende Landesobmann, AK-Rat Gerhard Knoll in seinem Amt bestätigt. Als Stellvertreter wurden der



Gerhard Knoll

Landtagsabgeordnete und langjährige AK-Fraktionsobmann Rudolf Kroiß, sowie die AK-Räte Ing. Olivera Stojanovic, BSc, Dietmar Hochrainer und Patrick Holländer gewählt.

Bestnote vom Landesrechnungshof für Wels und FPÖ-Bürgermeister Rabl

Der Landesrechnungshof hat die von FPÖ-Bürgermeister Dr. Andreas Rabl geführte Stadt Wels hinsichtlich der finanziellen Geschäftsführung geprüft. Mit dem Ergebnis kann Rabl zufrieden sein.

So hat die Stadt an der Traun in Bezug auf ihre Finanzkraft nicht nur einen Platz unter den ersten Zehn des Landes erobert, sondern auch einen Großteil der Empfehlungen des Bundesrechnungshofes aus dem Jahr 2015 umgesetzt. Die Verschuldung der Stadt ist deshalb auch unter Berücksichtigung der ausgelagerten Schulden nur gering, die finanzielle Situation stabil und die finanzielle Leistungsfähigkeit von Wels sogar nach und nach gestiegen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner betont, dass es besonders in Krisenzeiten wichtig ist, stabile Kommunen zu haben und kommentiert das Gutachten: "Verantwortungsvolle Politik kümmert sich rechtzeitig darum, dass die Grundsätze einer sorgfältigen Haushaltsführung eingehalten und nicht auf Kosten der nächsten Generationen gewirtschaftet wird. Das ist der Stadt Wels und Bürgermeister Rabl bestens gelungen und er kann zurecht mit Stolz auf das Zeugnis sein, dass der Landesrechnungshof der Stadt Wels ausstellt."

Besonders betont die Prüf- und Kontrollbehörde die sorgfältige Geschäftsführung der Welser, die sich unter anderem darin zeige, dass das neue Haushaltswesen, also die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) und das damit eingeführte Drei-Komponenten-Wesen im Rechnungswesen, von Wels "ambitioniert umgesetzt" werden. Dabei seien "im Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften Rückstellungen für Pensionen berücksichtigt". Außerdem "wird nach ziel- und wirkungsorientierten Grundätzen geführt – die Personalausgaben konnten jahrelang stabil gehalten werden." Bürgermeister Dr. Andreas

Rabl dazu: "Die umgesetzten Reformen haben gewirkt. Trotz Einbußen durch die COVID-19-Krise können hohe Investitionen in der Stadt getätigt werden, um die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern."

"Es ist aus Sicht der Gemeindeaufsicht eine Wohltat zu sehen, dass es auch in einer Statutarstadt möglich ist, eine Kommune mit Verantwortung und Sorgfalt zu führen und mit vorausschauender Politik auch für eine Krise gerüstet zu sein. Ich gratuliere Bürgermeister Rabl und seinem Team in der Stadt Wels zu diesem Ergebnis als Beweis ihrer hervorragenden Arbeit", so Haimbuchner.





AUF:

Josef Wagenthaler bestätigt

Beim Landestag der Aktionsgemeinschaft der Unabhängigen und Freiheitlichen (AUF) wurde Josef Wagenthaler von den Delegierten mit 98 Prozent als Obmann bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Robert Neuwirth und Michael Gruber sowie Uwe Grill einstimmig gewählt.



Blackout: FPÖ fordert Vorsorge für unsere Sicherheit

In den kommenden fünf Jahren rechnen das Bundesheer und viele weitere Experten mit einem "Blackout". Ein Blackout ist ein überregionaler, lang andauernder Stromausfall. Hilfe von anderen Staaten oder Institutionen ist dabei nicht zu erwarten, jeder ist auf sich alleine gestellt. Jeder Haushalt, jede Gemeinde, jeder Bezirk, das Land, der Bund, die Einsatzkräfte – alle sind gefordert. "Ein Blackout würde Österreich pro Tag 1,18 Milliarden Euro kosten. Dagegen ist sinnvolle Vorsorge ein Schnäppchen", nennt FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner konkrete Zahlen.

Bei einem Blackout fällt weit mehr aus, versorgt werden, unterstützt werden.

Haimbuchner

Landeshauptmann-Stv.

als man im ersten Moment denkt: Handynetz, Internet, Bankomaten, Zahlvorgänge, elektronische Schließsysteme, Teile des öffentlichen Verkehrs, die gesamte Großlogistik, landwirtschaftliche Systeme, usw. Nur wenige Tankstellen verfügen über eine Notstromversorgung. Zudem müssen bei einem Liftanlagen Dr. Manfred

Blackout so rasch wie möalich überprüft und Pflegebedürftige, die zuhause mit lebensnotwendiger Elektronik

"Die Blackout-Gefahr wird durch den Ausbau von erneuerbaren und wetterabhängigen Energien in Österreich weiter verstärkt. Das Netz wird durch diese schwankende Stromgewinnung immer instabiler. Bereits jetzt gibt es jedes Jahr ca. 10.000 kleinere Stromausfälle in unserem Land", so Haimbuchner.

Auf Bundesebene ist eine ausreichende Budgetierung für die Krisenvorsorge vorzusehen. Sicherheitsinseln in den Kasernen als "Vorratskammer" für funktionierende Einsatzorganisationen im Katastrophenfall sind ebenfalls auszubauen. Auf der Landesebene muss das Krisenmanagement sichergestellt werden und Informationskampagnen mit dem Zivilschutzverband sind durchzuführen.

"Oberösterreich soll zum Vorzeige-Bundesland bei der Blackout-Vorsorge werden. Auf der Gemeindeebene sind die Ausarbeitung von detaillierten Krisenplänen und Versorgungsabläufen, sowie regelmäßige Übungen für den Ernstfall wichtig. In den Haushalten ist die persönliche Vorsorge zu treffen: Notfall-Radio, Bargeld sowie Verpflegung und Wasser für eine Woche sollte vorhanden sein", nennt der FPÖ-Landesparteiobmann konkrete notwendige Maßnahmen.



Neues Camping-Recht für Freizeitspaß, **Naturerlebnis und Sicherheit**

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Campen in Oberösterreich wurden nun an die Entwicklungen des Tourismus und an das Leben im öffentlichen Raum angepasst.

Für Gemeinden gibt es nun u.a. Möglichkeiten, sektorale Wildcampier-Verbote festzulegen, um etwa gegen mobile Lager illegaler Bettlerbanden vorzugehen. Besonders wichtig war für die FPÖ dabei, dass die Neuregelung des oö. Campingrechts kein generelles Camping-Verbot vorsieht, sondern dass dieses von den Gemeinden anlassbezogen festgelegt werden kann. Eine vor Ort eingeschätzte Lage und Handlungsmöglichkeit führen in der Regel eher zu unbürokratischen und nachvollziehbaren Regelungen als abstrakte und zentral verordnete Regulierungen aus der Ferne. FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr freut sich über das seiner Ansicht nach gut durchdachte rechtliche Gesamtpaket, das für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen soll: "Bei gleichzeitiger Entbürokratisierung schaffen wir eine moderne und zeitgemäße Regelung für das Campieren in Oberösterreich."

Anlass dafür waren die vielerorts aufgetretenen Sicherheitsprobleme der vergangenen Jahre. Konsequent wurde unter Federführung der FPÖ gegen krigewöhnliche PKW als Alternative aus. Damit ging die Verrichtung von Notwirksam vorgehen", war laut Mahr die Änderung nötig.

minelle Bettlerbanden und deren Lager vorgegangen. "Diese wichen dann auf durft und größere Müllablagerungen rund um die Fahrzeuge einher. Dagegen konnten Sicherheitsorgane bisher nicht

nen Formen des Campings mit Wohn-

mobilen, Wohnwagen, aber

auch mit Schlaffässern und "Tiny Houses." Die-

Unterbringungs-

zukünftig

möglichkeiten dür-

auf bis zu 20

fen

Auch erleichtert werden u.a. Kurzzeit-Campingplätze bei Festivals und ähnlichen Veranstaltungen, Jugendzeltlager sind von der bestehenden Bewilligungspflicht ausgenommen. "Insgesamt ein ausgeglichenes Konzept, bei

Prozent der Fläche eines Campingplat-

zes, beziehungsweise auf maximal 15 Standplätzen stehen. Das letzte Wort

hat dabei stets die Gemeinde über das

Widmungsverfahren.

dem sowohl die Interessen des Tourismus als auch die der öffentlichen Sicherheit ausreichend berücksichtigt sind", betont Mahr.

Auch berücksichtigt wurden die moder-Ing. Herwig Mahr Klubobmann



Islam-Landkarte zeigt:

Über 600 islamische Einrichtungen

Wir Freiheitliche warnen bereits seit vielen Jahren vor den Gefahren, welche die überschießende und zum überwiegenden Teil illegal stattfindende Migration aus dem islamischen Kulturkreis mit sich bringt.

Deutlich über 600 islamische Einrichtungen gibt es mittlerweile österreichweit. Mit der Islam-Landkarte wurde nun sichtbar gemacht, wie stark der Islam und damit auch islamistische Störungen in Österreich bereits verbreitet sind. Der politische Islam braucht aber keine Landkarte, denn es gibt nur einen Weg: Gute Heimreise!



Nach der Pandemie kommt das ungelöste Migrationsproblem. Oberösterreichs Militärkommandant Dieter Muhr bestätigt diese Einschätzung: "Das Aufkommen von Migranten hat sich trotz Corona von 2019 auf 2020 verdoppelt. Wenn sich Corona abschwächt, wird die Anzahl der Migranten neuerlich zunehmen."

Schon im Februar 2021 hatte sich gezeigt, dass in ganz Österreich innerhalb von zwölf Monaten fast 20.000 illegal eingereiste Personen registriert werden mussten. Mit dem vor der Tür stehenden Sommer wird sich die Migrationsentwicklung noch bedrohlicher zeigen. "Ich warne daher: Im Schatten von Corona rollt die nächste Krise auf uns zu. Die politischen Verantwortungsträger dürfen nicht unvorbereitet ins nächste Fiasko steuern. 2015 darf sich nicht wiederholen."

Laut Militärkommando steigen die Aufgriffszahlen bei Bundesheer und Polizei an der Ost- und Südgrenze Österreichs. Migranten bewegen sich wieder über die Mittelmeerroute nach Italien, Malta und Spanien. Laut Stab des Militärkommandos sind die Flüchtlingslager rund um Europa voll. Die Lockerungen der Corona-Grenzkontrollen werden die Migrationsbewegung zusätzlich ansteigen lassen. Auch die außenpolitischen Entwicklungen etwa mit dem NATO-Truppenabzug aus Afghanistan werden Auswirkungen haben und die Fluchtbewegungen sich wieder verstärken.

Grenzen dicht

von Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

Vor den internationalen Entwicklungen dürfen jetzt keinesfalls die Augen verschlossen werden. Wir brauchen ein Krisenmanagement der Bundesregierung. Innenminister Nehammer sollte statt seiner Nebenschau-

platz-Politik rasch die nötigen Weisungen erteilen, um illegale Migration zu unterbinden. Verteidigungsministerin Tanner hat die Aufgabe, das Bundesheer nicht weiter finanziell auszuhungern, sondern dafür sorgen, dass zum die Grenzsicherungsaufgaben wahrgenommen werden können. Auch Frontex, die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, muss finanziell gestärkt werden, zur Kontrolle der Außengrenzen Europas.

Grenzen dicht! Durch die fatale Corona- und Migrations-Politik stehen wir bereits jetzt vor extremen Herausforderungen. Diese weiteren Belastungen halten weder unser Staat noch unsere Gesellschaft aus.



Wohnbeihilfe: EuGH stärkt FPÖ-Position

Seit 2018 ist die Wohnbeihilfe in Oberösterreich unter anderem an genügende deutsche Sprachkenntnisse geknüpft. Nun hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden – und sieht in dieser Praxis keine eindeutige Diskriminierung. Die endgültige Entscheidung liegt nun bei den österreichischen Gerichten.

Landeshauptmann-Stv. und Wohnbaureferent Dr. Manfred Haimbuchner kann sich mit dieser EuGH-Entscheidung bestätigt sehen. Bei dem Entscheid der europäischen Richter ging es um die Frage, ob die Wohnbeihilfe des Landes Oberösterreich eine Kernleistung sei, also ein "menschenwürdiges Dasein" sichere. Zuvor hatte ein türkischer Staatsbürger gegen die Zugangsbeschränkungen zur Wohnbeihilfe geklagt. Er hatte darin einen Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsätze gesehen. Das zuständige Landesgericht Linz hatte die Entscheidung dann nach Europa verwiesen. Dort sah man keine eindeutige Diskriminierung und legte sich auch nicht fest, ob es sich um Kernleistungen im Sinne des Unionsrechts handeln würde. Somit sind wieder die österreichischen Gerichte zuständig. Die, wenn sie dem Standpunkt des führenden österreichischen Sozialrechtsprofessors Univ.-Prof.

Dr. Wolfgang Mazal folgen, die aktuelle Wohnbeihilfen-Praxis des Landes Oberösterreich stützen dürften. Zumal es sich hierbei um einen wichtigen Anreiz zur Integration handelt. Positiver Nebeneffekt des EuGH-Entscheids: Der Gerichtshof räumt damit endgültig mit der Annahme auf, dass die Ungleichbehandlung sämtlicher anderer Drittstaatsangehöriger eine ethnische Diskriminierung sein könne.

"Die Wohnbeihilfe ist keine soziale Kern-

leistung. Das Grundbedürfnis "Wohnen" ist durch die Sozialhilfe ausreichend abgedeckt. Deshalb können wir in Oberösterreich verlangen, dass Deutschkenntnisse für den Bezug der Wohnbeihilfe vorhanden sein müssen. Wer Leistungen vom Staat erhält, muss auch etwas leisten! Die deutsche Sprache ist der Grundpfeiler für Integration – auch am Arbeitsmarkt", betont Haimbuchner.

Millioneneinsparungen

2018 hat die FPÖ mit ihrem Regierungspartner auf Landesebene das Wohnbeihilfensystem zugunsten der Leistungsträger und jener reformiert, die sich aktiv in die Gesellschaft einbringen wollen. Seither müssen Drittstaatsangehörige neben umfangreichen Erwerbszeiten sowie einem mindestens fünfjährigen rechtmäßigen Aufenthalt

> in Österreich auch ausreichend Deutschkenntnisse nachweisen, um Wohnbeihilfe zu erhalten. Das Land Oberösterreich hat damit starke Anreize für Leistungs- und Integrationswillige gesetzt und dem Steuerzahler in den

Jahren 2018 bis 2020 über 12 Mio. Euro gespart.



NoVA-Erhöhung:

Watschen ins Gesicht von Familien und Unternehmen!

Ende 2020 beschlossen die Regierungsparteien im Nationalrat eine laufende Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) beim Neuwagenkauf. Das sorgte bereits damals für massive Kritik. Statt kluger Klimapolitik sei diese Maßnahme vor allem ein Griff in die Taschen der Bürger.

Bereits letztes Jahr haben Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner darauf hingewiesen, dass durch die NoVA-Erhöhung vor allem auf Familien und Unternehmen zusätzliche Kosten zukommen werden. Mit dem Araument des Klimaschutzes wurden von den Regierungsparteien damals alle Argumente vom Tisch gewischt. "Allerdings geht es hierbei nicht um Klimaschutz, sondern um die Auffüllung der Staatskassen", moniert Haimbuchner.

Tatsächlich hat sich herausgestellt, dass die beschlossene Erhöhung der NoVA zwar den Preis vieler Neufahrzeuge empfindlich anheben wird, die Klimawirkung dieser Maßnahmen aber höchst überschaubar ist. Untersuchungen haben gezeigt, dass durch die NoVA-Steuerpolitik, zusätzliche CO2-Einsparung von 140.000 Tonnen über zehn Jahre realisierbar seien. Die Österreichische Energieagentur hat Ende 2019 im Auftrag des ÖAMTC hingegen errechnet, dass die Einführung von E10, also die Anhebung der Bioethanol-Beimischung im Benzin von fünf auf

zehn Prozent, CO2-Einsparungen in derselben Höhe realisieren würde – allerdings pro Jahr. Im Vergleich zur NoVA-Erhöhung ließe sich dadurch in zehn Jahren also eine rund 100-mal so große Menge an CO2 einsparen. Damit aber nicht genug. Weitere Erhöhungen der Steuern beispielsweise auf Treibstoffe, gleich um 50%, befinden sich in der Pipeline des Klimaministeriums. Damit soll der Umstieg auf batteriebetriebene E-Autos weiter forciert werden.

Infrastruktur-Landesrat Steinkellner kritisiert darüber hinaus, dass der alleinige Fokus auf batteriebetriebene Fahrzeuge eine Sackgasse darstellen würde. Einerseits findet neben den hohen Kosten die größte Wertschöpfung außerhalb Europas statt. Andererseits führe beispielweise der Abbau von Lithium zu verheerenden Umweltschäden. "Damit ist dem Planeten nicht gedient. Den Menschen in unserem Land gehört reiner Wein eingeschenkt. Für eine echte Ökologisierung braucht es Technologieoffenheit. Wasserstoff und synthetische Treibstoffe sind meines Erachtens zielführend für eine umweltbewusste Mobilität", so Steinkellner.





Das neue Führungstrio der "initiative Freiheitliche Frauen": LAbg. Sabine Binder, NAbg. Rosa Ecker und Marianne Hacker

iFF:

Rosa Ecker als Landesobfrau einstimmig bestätigt

Unter dem Motto "Die Macht ist immer ein WIR" stand der Landestag der "initiative Freiheitliche Frauen" (iFF).

Die Mühlviertler Nationalrätin Rosa Ecker wurde einstimmig in ihrer Funktion als Landesobfrau bestätigt, zu ihren Stellvertreterinnen wurden Marianne Hacker aus Schärding und LAbg. Sabine Binder aus Wallern/Trattnach gewählt.

Es sei in den letzten Jahren gelungen, ein wirklich großes und gutes Team in Oberösterreich bei der "initiative Freiheitliche Frauen" aufzustellen, dankte Ecker dem gesamten Landesvorstand der iFF für die außerordentlich gute Zusammenarbeit.



Alle Informationen sowie Fotos und Videos zu unserer Heimat-Kampagne bekommt ihr in unserem wöchentlichen Kampagnen-Newsletter auf <u>www.dieheimatpartei.at</u> sowie auf den folgenden Social-Media-Kanälen.



www.fpoe-ooe.at



facebook.com/manfred.haimbuchner



t.me/manfredhaimbuchner



instagram.com/manfredhaimbuchner

